

Wahlen in Absurdistan

Kommenden Donnerstag entscheidet Afghanistan, wer künftig regiert. Alle fürchten Angriffe der Taliban, doch es sind ganz andere Kräfte, die der jungen Demokratie gefährlich werden

Von Christoph Reuter, Stern, 13.08.2009

Ein verfallenes Dorf in den Bergen. Verlassen, seit die Taliban vor zehn Jahren einfielen, den kleinen Lehmpalast des Fürsten, die Hütten der Bauern und den metergroßen Gipsadler auf der Gipfelkuppe zerstörten. Nur eine Handvoll Häuser sind wieder aufgebaut worden im Weiler Kayan in einer unzugänglichen Schlucht des Hindukusch.

Ein selbst für afghanische Verhältnisse unwirtlicher Ort.

Der Ort, an dem Hamid Karzai antrat, um erneut Präsident Afghanistans zu werden. Zu Fuß oder auf Eseln waren Tausende aus den umliegenden Tälern gekommen.

Die seinen Namen skandierten, aber von denen auf Nachfrage keiner erklären konnte, weshalb er Karzai wählen werde.

Karzais erster öffentlicher Wahlkampfauftritt am 2. August war nach gängigen demokratischen Maßgaben surreal: fern der Millionenstädte, fern seiner eigenen Heimat, bar aller Programmatik.

Und doch ein symbolischer Moment. Kayan, das verlassene Dorf, war Sitz der heiligengleich verehrten Führer der Ismailiten, einer schiitischen Sekte. Zum ersten Mal seit Jahren ist Said Mansur Naderi, der Patriarch, wieder zurückgekehrt nach Kayan. Zuvor hat es eine Absprache gegeben: dass die Ismailiten Karzai wählen werden. "Ich habe es ihnen befohlen", sagt der alte Mann ohne Scheu, "sie sind doch viel zu ungebildet, um etwas von Politik zu verstehen." So sind sie gekommen, in endlosen Trecks, Männer mit ihren Familien, eine Decke umgeschlungen für die Nächte. Überall auf den Bergkuppen ringsum liegen am nächsten Morgen die Scharfschützen. Hunderte Soldaten und Elitekämpfer der Präsidentengarde sind in Stellung gegangen. Einpeitscher, schaurige Sänger, Poeten füllen die Zeit, bis nach Stunden drei

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Hubschrauber einschweben. Karzais Rede ist kurz. Er verheißt Frieden, preist die gebauten Schulen und Straßen, erklärt, dass im Staatsschatz 3600 Millionen Dollar lägen - und verspricht, als so recht keine Stimmung aufkommen mag, noch ein Heizöfchen für jede Familie. Herzt ein Kind und verschwindet wieder inmitten seiner Leibgardisten.

Wie ein Gehetzter scheint der Präsident in seinem eigenen Land. Auftritte werden an- und abgesagt, seine Teilnahme an der ersten TV-Debatte der drei Spitzenkandidaten wird am Tag vor der Sendung zurückgezogen. In Gardez im Südosten spricht er vor nicht einmal 3000 Menschen und verlässt ohne Applaus das Podium.

In Kandahar verabschiedet er die Zuhörer: "Geht los, Melonen pflanzen!" Tage später in Kabul hat er wieder dieses Zucken in den Augen.

Wie stets, wenn er nervös wird.

Auch bei der Pressekonferenz mit dem neuen Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen vergangene Woche zucken seine Augen, als er die großartige Zusammenarbeit mit der Nato lobt, als ob er unwillkürlich blinzeln müsse bei allem, was er sagt. "Das bekommt er immer, wenn er sich bedroht fühlt", sagt ein ehemaliger Freund, "und im Moment fürchtet er, die Wahl zu verlieren." Ausländische Diplomaten berichten von Wutanfällen, afghanische Gouverneure von plötzlichen Anrufen Karzais.

Der Präsident ist unter Druck.

Wen sollte es wundern?

Afghanistan versinkt zur Hälfte im Krieg mit den Taliban, der Staatshaushalt wird zu 90 Prozent vom Ausland finanziert, und Truppen aus 36 Nationen sind im Land. Andererseits:

Hamid Karzai gilt als Favorit bei den Präsidentschaftswahlen am 20. August. Der Mann, den die Welt seit Jahren als "Bürgermeister von Kabul" bespöttelt hat, dessen Macht kaum über die Grenzen seiner Hauptstadt reiche, ist fatal unterschätzt worden.

Nur einen wirklichen Konkurrenten hat Karzai: seinen ehemaligen Außenminister Abdullah Abdullah. Einst Vertrauter des legendären Mudschaheddin-Führers Ahmed Schah Massoud, den al-Qaida ermorden ließ, ist Abdullah im ganzen Land unterwegs, tritt fast jeden Tag vor Tausenden auf. Und trifft den richtigen Ton: spricht vom Vermächtnis der Toten, davon, dass niemand Fehler im Namen des Islam begehen

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

sollte, und verspricht, dass Provinz- und Distriktsgouverneure fortan gewählt und nicht mehr vom Präsidenten bestimmt werden sollen.

Ein richtiges Programm ist das auch nicht. Und ob auch er, einmal an der Macht, diese missbrauchen würde, weiß niemand. Aber immerhin wagt er sich unter die Menschen. Eines seiner Wahlkampfbüros ist gesprengt, mehrere Mitarbeiter sind ermordet worden, und jeden Tag könnte ihn ein Selbstmordattentäter treffen.

Angst? Nein, Angst habe er nicht. Das sei der Preis. Auf der Fahrt im Auto zeigt er zwei Schürfwunden vom Auftritt Tage zuvor in Herat: "Die größte Gefahr waren nicht meine Feinde, sondern meine Anhänger.

Die hätten mich fast zerquetscht." Als er in Bamian ankommt, einer der ärmsten Provinzen im Hochland Zentralafghanistans, säumen Tausende seinen Weg.

Doch sobald das Gratismittagessen verteilt ist, verstreut sich die Menge. Als er nach der Kundgebung auf dem Rückweg zum Flugfeld ist, steht niemand mehr an der Straße.

Abdullah hätte vielleicht eine Chance - wenn Karzai nicht im ersten Wahlgang gewinnt und er, der Herausforderer, die Anhänger der übrigen 35 verbliebenen Kandidaten für sich gewinnen könnte.

Und wenn diese Wahlen tatsächlich frei und fair wären.

Doch der wirkliche Kampf um die Macht findet hinter den Kulissen statt: Wie mit Ismailitenführer Naderi hat Karzai zig Allianzen mit Stammesführern und Warlords geschlossen, hat Gouverneurs- und Ministerposten versprochen und großzügig Geld angewiesen - etwa 100 Millionen Afghani, mehr als zwei Millionen US-Dollar, aus dem Sonderfonds "Code 99". Was er laut Wahlgesetz gar nicht dürfte.

Zum Kandidaten fürs Amt des Vizepräsidenten hat er Mohammed Qasim Fahim erkoren. Jenen Ex-Militärführer der Nordallianz, der nach dem Sturz der Taliban Verteidigungsminister wurde und sich den Titel "Marschall" verleihen ließ. Er beschlagnahmte das vormalige Staatsland des Kabuler Stadtteils Sherpur und nutzte internationale Fördergelder, die für den Armee-Aufbau gedacht waren, zur Erschließung des Areals.

Anstatt ihn daran zu hindern, ließen sich die anderen Spitzenleute der Regierung beteiligen. Und so besitzen heute auch der Generalstabschef der Armee, ehemalige

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Minister, ein Ex-Polizeichef von Kabul und der usbekische Warlord Raschid Dostum Anwesen in Sherpur, Kabuls teuerster Villenlage.

Noch Ende 2006 hatte Hamid Karzai unter Tränen versprochen, die Kriegsverbrechen der Vergangenheit aufzuklären, die Täter zur Verantwortung zu ziehen. Doch auch Dostum, der Ende 2001 mehrere tausend Taliban ermorden ließ, nachdem sie sich ergeben hatten, ist erneut im Team des Präsidenten. Um wiederum ihn nicht zu mächtig werden zu lassen, übte Karzai persönlich Druck auf die Beschwerdekommision aus, den Namen von Dostums usbekischem Gegenspieler Akbar Bay wieder auf die Liste der Präsidentschaftskandidaten zu setzen - von der er gestrichen worden war, weil er wegen Drogenschmuggels in den USA im Gefängnis gesessen hatte.

Karzai sei ein taktisches Genie, erkennen selbst seine Gegner an.

Ein Virtuose des Machtspiels.

Aber dass er Afghanistan in eine tragfähige Demokratie verwandelt, entspringt der Wunschfantasie des Westens. Er herrscht eher so, wie sein Vater es tat, Herr über den Stamm der Popalzai. In Karzais Manövern zeigen sich Reflexe des Stammesführers: Loyalität wiegt mehr als jedes Gesetz.

Institutionen, ein Staat können benutzt werden, aber sind kein Wert an sich. Macht, einmal errungen, ist dazu da, gehalten und nicht infrage gestellt zu werden.

Etwa durch Wahlen.

Die UN finanzieren diese Wahlen mit 223 Millionen US-Dollar, haben von Wahlzetteln, Stiften, Autos bis zu Särgen für UN-Mitarbeiter an alles gedacht. 3000 Esel und Maultiere wurden angemietet für den Transport der Wahlurnen in entfernte Dörfer. Nur an einem mangelt es: Kontrolle.

Die paar Hundert internationalen Wahlbeobachter sind viel zu wenig, um großflächigen Betrug verhindern zu können. Der aber wird seit Monaten vorbereitet.

Um Unregelmäßigkeiten vorzubeugen, musste sich jeder Wähler mit Name, Adresse, Foto und zwei Daumenabdrücken registrieren lassen und bekam daraufhin eine Wählerkarte. Doch dann geschahen seltsame Dinge. So schienen einige der konservativsten paschtunischen Südostprovinzen, wo Frauen kaum je das Haus verlassen, von einer Welle feministischer Mobilmachung ergriffen:

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

In Paktia sind 64 Prozent der neu registrierten Wähler Frauen, in Khost 65, in Logar gar 72 Prozent.

Selbst das vergleichsweise liberale Kabul kommt nur auf 29 Prozent.

Tatsächlich hat in den Provinzen niemand diese 200 000 Frauen gesehen. Ihre Karten haben auch kein Bild, darauf verzichteten die Wahlbeamten mit Rücksicht auf paschtunische Befindlichkeiten.

Männer konnten mit einer Liste all ihrer echten oder erfundenen Frauen und erwachsenen Töchter die Karten en bloc beantragen. Und werden höchstwahrscheinlich auch so abstimmen.

Statistiker gehen von insgesamt 11,5 bis 12 Millionen Wahlberechtigten aus. Es sind aber insgesamt 17 Millionen Wählerkarten im Umlauf, 12,5 Millionen noch von der letzten Wahl. Mühelos waren Karten für Tote, Kinder, Erfundene zu bekommen. In Kandahar hat sich jemand spaßeshalber eine Karte auf den Namen Britney Spears ausstellen lassen, mit einem Foto der Sängerin.

Theoretisch sollten alle Registrierungen digital erfasst und abgeglichen werden. Praktisch waren bis zur vergangenen Woche erst 1,8 der 4,5 Millionen neu ausgestellten Karten eingelese, sind viele Abdrücke verschmiert oder stammen von verschiedenen Fingern. Was gedacht war als Mittel gegen die Wahlfälschung ist zu ihrem Bestandteil geworden. Denn als Beleg für eine ordnungsgemäß abgegebene Stimme gilt die Wahlkarte. Auch auf anderen Ebenen wird die Manipulation vorbereitet:

Kritische Polizeioffiziere wurden in den letzten Wochen reihenweise ausgetauscht, Wahlbeamte unter Druck gesetzt.

Von alledem haben Nato, amerikanische und deutsche Regierung lange Zeit nichts wissen wollen. Bis sie auf diplomatischen Wegen Karzai warnten, allzu unverhohlen zu manipulieren. Ein zweiter Wahlgang scheint nicht mehr ausgeschlossen.

Und alle kündigen an, die Wahlen gegen die Taliban verteidigen zu wollen. Tatsächlich haben die Taliban die Wahlen zwar offiziell verdammt, aber in den vergangenen Monaten kein einziges Registrierungsbüro angegriffen - und werden nach Vermutungen von Wahlbeobachtern auch die Wahl selbst nicht attackieren.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Aus einem ganz eigennützigen Grund: Gleichzeitig mit dem Präsidenten werden am 20.

August auch die Provinzräte gewählt.

Mehr als 3000 Kandidaten haben sich beworben, denn dort Abgeordneter zu sein, heißt Zugang zu Fördergeldern, zum Gouverneur, zur Regierung in Kabul zu bekommen, kurz: Macht. Und daran, so ein UN-Diplomat, "haben auch die Taliban Interesse".

Viele Provinzratskandidaten im Süden seien die Kandidaten der Taliban, "gegen die kann dort sowieso niemand antreten". Über die Jahre hat sich der Westen sein Schwarz-Weiß-Bild bewahrt, in dem die Taliban die Bösen, die Mitglieder der afghanischen Regierung folglich die Guten sind. Doch damit hat er sich zur Geisel einer Regierung gemacht, die selbst eher mit der Plünderung des Landes als mit dessen Aufbau beschäftigt ist.

Dass Afghanistan ein durch und durch korrupter Staat ist, mag niemand mehr bestreiten. Transparency International listet das Land auf Platz 176, nur vier Staaten liegen noch dahinter - aber kein anderer Staat ist derart abhängig von ausländischen Milliardenhilfen.

Doch in den Reden von Politikern klingt es stets so, als sei die Korruption vom Himmel gefallen, ein Naturphänomen geradezu.

Präsident Karzai müsse nur mehr dagegen unternehmen.

Es ist kein Unfall. Es ist das System.

Sein System. In dem sich, getreu den Regeln des Stammes, jeder am Staat, an den anderen bereichern darf, solange er nur dem Anführer gegenüber loyal bleibt.

Wie, exemplarisch, Polizeigeneral Ayub Salangi. Der ehemalige Mudschaheddin-Kommandeur war Polizeichef von Kundus. Er unterschlug den Sold seiner Polizisten, zwang sie, Schutzgeld von Geschäftsleuten zu erpressen, ließ Gefangene gegen Schmiergeld frei. Monatelang machten die deutschen Kommandeure und Diplomaten in Kundus ihren Einfluss geltend, um ihn als Polizeichef der Provinz absetzen zu lassen.

Schließlich mit Erfolg. Salangi fiel.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Aber er fiel hoch: Karzai machte ihn zum Polizeichef von Kabul.

Wo er sich hervorragend mit Innenminister Zazar Ahmed Muqbil verstand, dem Ermittler der UN vorwarfen, an den Geschäften krimineller Gangs innerhalb seines eigenen Ministeriums beteiligt zu sein. Selbst Mitarbeitern der deutschen Botschaft fiel auf, wie Salangis Ankunft die Stadt veränderte. "Wir hatten damals ein Projekt, armen Frauen einen kleinen Garten zu finanzieren, damit sie Gemüse auf dem Markt verkaufen konnten", erinnert sich einer. "Kaum war Salangi hier, begannen seine Polizisten, diese Frauen zu schlagen und ihre Stände zu verwüsten, weil sie keine Schmiergelder zahlen konnten." Es dauerte bis zum Herbst 2008, dann wurde Muqbil auf Druck der UN und der europäischen Regierungen abgesetzt.

Eine der ersten Amtshandlungen des neuen Innenministers Hanif Atmar war: Salangi zu entmachten.

Was nicht so einfach war, denn wiederholt klingelte das Telefon beim Innenminister. Karzai habe ihm mehrfach gesagt, Salangi sei ihm so lieb wie ein Sohn, wie ein Bruder, beklagte sich Atmar gegenüber Vertrauten.

Schließlich setzte Atmar sich durch. Salangi fiel, sanft wie zuvor:

Heute ist er Polizeichef der reichen Grenzprovinz Nangarhar.

Auch ihm gehört übrigens eine Villa in Sherpur, sie steht leer, man kann sie mieten, für 11 000 Dollar im Monat, so viel, wie Salangi rechtmäßig ungefähr in zwei Jahren verdient.

Mit ihm gingen mehrere hohe Polizeioffiziere. Unter denen, die nachrückten, war ein altgedienter Polizist mit vergleichsweise untadeligem Ruf, der bisherige Kommandeur der Grenzpolizei. Jener Truppe, die an den Haupttrouten des Drogenschmuggels eben diesen unterbinden soll. Sein Nachfolger wurde jemand, der bereits 2006 wegen Drogengeschäften aus der Polizei entlassen worden war. Nun ist Yunus Nourzai wieder da, als Polizeigeneral, ein Drogenhandelsexperte mit Zusatzqualifikation:

Seine Nichte ist mit Ahmed Wali Karzai verheiratet, dem mächtigen Halbbruder des Präsidenten, Vorsitzenden des Provinzrates von Kandahar - und Paten des Opiumgeschäfts im Süden.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Als Polizeichef der Grenzübergänge kann Nourzai nun zumindest im Süden seine Vertrauten einsetzen.

Zu den westlichen Glaubensgewissheiten über Afghanistan gehört, dass Opiumanbau und Heroinexport Kerngeschäft der Taliban seien. Würde man also, wird der Faden gern weitergesponnen, all die Opiumfelder, Heroinlabore und Handelsrouten bombardieren, wären die Taliban pleite.

Doch hinter den Kulissen verläuft die Front ein wenig anders. Taliban beschützen Mohnfelder, bewachen Opiumlager und kassieren Anteile. Die Raffinierung zu Heroin und insbesondere der Schmuggel ins Ausland, mit dem sich die größten Profitspannen erzielen lassen, liegen in den Händen der Grenzpolizei, der Warlords, der Gouverneure und der herrschenden Familien.

Das musste auch eine Einheit britischer Special Forces erfahren, als sie am 22. Juli in der Provinz Kandahar eine Gruppe von Taliban festnahmen. Die Männer hatten ein Opiumdepot bewacht und gaben im Verhör zu, mit einem Polizeioffizier namens Schirin zusammenzuarbeiten.

Nach dessen Festnahme und Verhör stießen die Briten schließlich auf ein weit größeres Opiumlager, bewacht von 18 Polizisten. Doch da verwandelte sich der große Erfolg ihrer Razzia in ein größeres Problem. Denn Opium und Lagergrundstück gehörten, so mehrere Zeugen, Ahmed Wali Karzai.

Ein Video der Verhöre soll Innenminister Hanif Atmar und Präsident Karzai vorliegen, mehrere Botschaften in Kabul wissen vom Fund. Aber nichts geschieht. Da nicht sein kann, was nicht sein darf. "Wir belügen uns und die Welt seit Jahren", sagt ein Diplomat, der das Innere des Kabuler Machtapparates ausnehmend gut kennt. "Wir behaupten, wir würden die afghanische Demokratie aufbauen. Aber in Wirklichkeit haben wir einen Narco- Staat geschaffen." Immerhin einen mit Sinn für Ironie. Angesichts der Tausenden von Kandidaten vor allem für die Provinzräte und weil zwei Drittel der Afghanen Analphabeten sind, wurde jedem Wahlbewerber zur Wiedererkennbarkeit per Los ein Logo zugeteilt: Da gibt es Lastwagen, Schafe, Teekannen, Nähmaschinen, Brillen, Pfannen, ein Unglücklicher hat einen Fleischwolf, ein anderer ein Beil erwischt.